Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4635

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeskanzler
II/2-11204-KA 48/1/69

Bonn, den 10. September 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Äußerungen des Bundeskanzlers zur Deutschlandpolitik der FDP**

Bezug: **Kleine Anfrage der Fraktion der FDP – Drucksache V/4618 –**

Namens der Bundesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

> 1. Auf welche Beschlüsse der Bundesparteitage der FDP und auf welche Vorschläge der FDP-Bundestagsfraktion bezieht sich die Äußerung des Bundeskanzlers, die Deutschlandpolitik der FDP sei verantwortungslos?

1. Die Frage bezieht sich offenbar auf eine Rede des Herrn Bundeskanzlers auf einer Wahlversammlung am 19. August 1969 in Straubing. Der Herr Bundeskanzler hatte dort gesagt, daß die Ostpolitik der FDP „nicht verantwortet werden kann". Insoweit ist die in der Kleinen Anfrage der FDP unter Nummer 1 dem Herrn Bundeskanzler zugeschriebene Redewendung „die Deutschlandpolitik der FDP sei verantwortungslos" ungenau.

   Der Herr Bundeskanzler hat damit seine Sorge über die von der Politik der Bundesregierung in wesentlichen Punkten abweichende Haltung der FDP ausgedrückt. Er bezog sich hierbei vor allem auf bestimmte Passagen zur Deutschlandpolitik, die in dem „Konzept der FDP" enthalten sind, das der 20. Ordentliche Bundesparteitag der FDP am 25. Juni 1969 in Nürnberg verabschiedet hat. In diesem Konzept wird „die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und der Hallstein-Doktrin" gefordert, „damit wir diplomatische Beziehungen mit allen Staaten aufnehmen können". Die FDP sagt, daß sie damit „politische Handlungsfreiheit" für die Bundesrepublik anstrebe. Mit diesen ungenauen Formeln will die FDP einerseits den Eindruck erwecken, daß überflüssige und selbstauferlegte Fesseln die Bundesregierung daran hinderten, diplomatische Beziehungen mit allen Staaten aufzu-

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn 1, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

nehmen. Dieser Eindruck ist falsch; in Wahrheit hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft zu einer flexiblen Handhabung dieser komplizierten Materie durch Taten bewiesen, während leider einige andere Staaten ihrerseits in doktrinärer Starrheit gegenüber der Bundesrepublik verharren.

Andererseits zeigen die zitierten Forderungen der FDP die Bereitschaft dieser Partei, die „DDR" – also ein gegen den Willen der Deutschen auf deutschem Boden errichtetes Zwangsregime – in den Augen der Welt als einen gleichberechtigten und gleichrangigen zweiten deutschen Staat erscheinen zu lassen.

Wenn die FDP sich auch von ihrer Politik eine höhere Handlungsfreiheit für die Bundesrepublik versprechen zu können glaubt, so darf nicht verschwiegen werden, daß diese Politik in Wahrheit dem kommunistischen Regime in Pankow internationale Handlungsfreiheit verschaffen müßte.

Der gleiche Vorwurf der Verwischung des fundamentalen Unterschiedes zwischen dem freien Teil Deutschlands und einem sich als Staat gebärdenden kommunistischen Zwangsregime auf deutschem Boden, muß gegen die Bereitschaft der FDP erhoben werden, beide Teile Deutschlands in die UNO aufnehmen zu lassen.

2. Der Herr Bundeskanzler hat sich bei seiner Äußerung in Straubing auch auf Tendenzen bezogen, die durch andere offizielle Aussagen der FDP, ihrer führenden Politiker und auf andere Weise zum Ausdruck kommen. Insbesondere dachte er hierbei an den Versuch der FDP, mit ihrem Vorschlag eines Vertrages zwischen Bundesrepublik und „DDR" als – wie die FDP sagt – „treibende Kraft" der Deutschlandpolitik in Erscheinung zu treten. Dieser Vorschlag soll offenkundig den Eindruck hervorrufen, als verfüge die FDP über ein Mittel, mit dem die Wende der innerdeutschen Beziehungen erreicht werden könne. Sie spricht nämlich von einem „neuen Kapitel", das mit diesem Vorschlag in der Deutschlandpolitik aufgeschlagen werde.

   Die FDP verschweigt jedoch bei ihrem Vorschlag die Tatsache, daß die Bundesregierung wiederholt Gesprächs- und Vereinbarungsangebote an die Verantwortlichen in Ostberlin gemacht hat, die von diesen immer wieder abgelehnt wurden. Die Machthaber im anderen Teil Deutschlands haben sich einzig und allein darauf versteift, unsere Unterschrift unter die Unwiderruflichkeit der Teilung Deutschlands in Form der völkerrechtlichen Anerkennung zu erpressen. Wer also – wie die FDP das tut – in einem Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" ein mögliches und von der Bundesregierung nicht genütztes Mittel zur Verbesserung

der innerdeutschen Beziehungen sieht, muß die Frage beantworten ob er bereit ist, diese völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" zu leisten, die von drüben zur Vorbedingung gemacht wird.

Die Bundesregierung hat es an Vorschlägen zur Minderung der Spannungen nicht fehlen lassen. Die Machthaber im anderen Teil Deutschlands haben dagegen die innerdeutsche Lage eher verschärft. Die Bundesregierung hat schon in ihrer Antwort vom 21. April 1969 auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP bedauert, daß die FDP diesen grundlegenden Unterschied nicht zu erkennen scheint.

3. Der Herr Bundeskanzler hat seine Sorge über die Deutschlandpolitik der FDP auch darauf gestützt, daß auf dem Bundesparteitag am 23./25. Juni 1969 in Nürnberg der Landesverband Hamburg die Anerkennung der „DDR" gefordert und ein Drittel der Deligierten für diesen Antrag gestimmt hat. Außerdem hat der Landesparteitag der FDP von Baden-Württemberg am 29./30. März 1969 in Karlsruhe sich für die Anerkennung der "DDR" ausgesprochen.

   Diese Anträge und Beschlüsse der FDP stehen in scharfem Gegensatz zu der Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

4. Der Herr Bundeskanzler hat darüber hinaus die unklaren Formulierungen im Auge gehabt, die die FDP zur Frage der Anerkennung in ihren offiziellen Aussagen und Parteitagsbeschlüssen teilweise verwendet. Der Herr Bundeskanzler hat vor solchen Formulierungen und ihren Folgen in seiner Rede vom 8. Juli 1969 in Essen gewarnt, in der er u. a. ausführte:

   „Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren ununterbrochen dafür gekämpft, daß wir unsere Sprache, unsere Aussageweise zum Thema Deutschland- und Ostpolitik, so rein und deutlich wie möglich halten. Wer hier der Versuchung nachgibt, durch ein immer weiter angereichertes Vokabular ein Zwielicht entstehen zu lassen, wer z. B. Anerkennung sagt, aber was weiß ich darunter verstehen oder nicht verstehen will, der muß sich doch darüber klar sein, daß jeder – wer immer in unserem Volk und draußen in der Welt das Wort ‚Anerkennung' hört – es genau so versteht wie es lautet und nicht anders."

> 2. Meinte der Bundeskanzler das Kernstück der Deutschlandpolitik der FDP, den von ihr vorgelegten Vorschlag für einen Vertrag zwischen Bundesrepublik und DDR?
> 3. Wenn ja, welche Elemente dieses Vertrages berechtigen zu dieser Kritik?

Diese Fragen sind mit der Antwort auf die Frage 1 beantwortet.

4. Steht die Bundesregierung noch zu ihrer Antwort auf die Große Anfrage der FDP zur Deutschlandpolitik, in der sie auch den Abschluß eines Vertrages, wie ihn die FDP vorschlägt, nicht ausschließt?
5. Falls die Bundesregierung von dieser ihrer damaligen Antwort abzugehen gedenkt, welches sind die Gründe hierfür?

Die Bundesregierung hält an ihrer Antwort vom 21. April 1969 auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP uneingeschränkt fest.

Freiherr von und zu Guttenberg